

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen (12.11.07)

Helga Deppe-Wolfinger

## **Bildungspolitik für Hessens Schulen – Herausforderungen und Perspektiven**

„Gute Bildung ... ist das wertvollste Startkapital für alle jungen Menschen“ (FDP), „Jedes Kind hat Anspruch auf bestmögliche Bildung“ (SPD), „Bildung entscheidet über die Chancen zur Teilhabe in unserer Gesellschaft“ (B90/Die Grünen) – so oder so ähnlich heißt es in den Parteiprogrammen zur Landtagswahl<sup>1</sup>. Bildung ist also ein hohes gesellschaftliches Gut und wird insbesondere in Wahlkampfzeiten hoch gehandelt. Was aber ist gute Bildung? Eine Analyse der gegenwärtigen Bildungssituation in Hessen finden wir in keinem der Parteiprogramme. Also müssen wir auf nationale und internationale Schulleistungsstudien zurückgreifen, wohl wissend, dass abfragbares Wissen nur einen Teil des Bildungsauftrags der Schulen darstellt.

PISA hat uns gelehrt, dass etwa ¼ unserer Jugendlichen nur rudimentär lesen und schreiben kann und dass es eine enge Beziehung zwischen sozialer Lage und Schulerfolg gibt. Nirgendwo in Europa ist der Zusammenhang von Herkunft, Schulleistung und Schulform so eng wie bei uns. Je niedriger die Schulform, umso schlechter die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. In Förder- und Hauptschulen werden die schlechtesten Leistungen erbracht. Im Umkehrschluss müssten die Gymnasiasten besonders brillieren. Das stimmt jedoch nur bedingt, denn es fehlt in Deutschland an einer Leistungsspitze, die derjenigen in anderen europäischen Ländern vergleichbar wäre. Insgesamt kein gutes Zeugnis für Deutschlands Schulen - auch nicht für Hessen, das im Vergleich der Bundesländer im Mittelfeld liegt.

Auf schlechte Zeugnisse reagieren Schülerinnen und Schüler unterschiedlich: mit Wut, Enttäuschung, Resignation oder auch mit Nachdenken und guten Vorsätze für das kommende Schuljahr. Ähnliches war und ist auch in der Bildungspolitik zu beobachten: PISA und nachfolgende Studien lösten Empörung, Umdeutung der Ergebnisse<sup>2</sup>, aber auch hektische Betriebsamkeit aus – beim Bund, bei der KMK und auch in den Ländern. Versucht man etwas Licht in das Dickicht zu bringen, lassen sich zwei Ebenen unterscheiden. Es gibt Debatten und Initiativen zur äußeren und zur inneren Schulreform.

### **1. Äußere Schulreform: Schulstruktur**

Deutschland scheint noch immer traumatisiert von dem Schulkampf um die Gesamtschule als Regelschule in den 1970iger Jahren. Kaum eine Partei knüpft an die damalige Debatte an oder fordert die eine Schule für alle flächendeckend einzuführen. Dennoch ist die

---

<sup>1</sup> Folgende Parteiprogramme liegen der nachfolgenden Analyse zugrunde: CDU: Hessen 2008-2013. Regierungsprogramm, beschlossen durch den Landesparteitag der CDU Hessen am 3.11.2007 in Stadtallendorf; SPD: Sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2008-2013, verabschiedet vom Landesparteitag der SPD in Wiesbaden am 29.9.2007; Bündnis 90/Die Grünen: Landtagswahlprogramm 2008, beschlossen von der Landesmitgliederversammlung in Darmstadt am 22.9.2007; FDP: Programm zur Landtagswahl 2008, Beschluss des Landesparteitags der FDP Hessen am 27./28.10.2007; Die LINKE: Landtagswahlprogramm, beschlossen am 29.9.2007 in Wiesbaden

<sup>2</sup> Ein Beispiel für die Umdeutung der PISA-Ergebnisse: „PISA und andere Studien beweisen: Gegliederte Schulsysteme bieten mehr Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit. Einheitsschulsysteme schneiden dagegen durchweg schlechter ab, denn sie schaffen Ungerechtigkeit, indem sie die Kinder über- oder unterfordern“ (Regierungsprogramm der CDU Hessen 2008, S. 26)

überkommene Schulstruktur brüchig geworden<sup>3</sup>. Vor allem der Hauptschule bricht momentan „der Boden weg“ (FR vom 2.11.2007). 10 Bundesländer haben keine Hauptschule mehr oder sind gerade dabei, sie abzuschaffen. Neben den neuen Bundesländern<sup>4</sup> sind es das Saarland, Bremen und zukünftig auch Rheinland-Pfalz, in denen Haupt- und Realschule zusammengelegt wurden bzw. werden. Einen Schritt weiter gehen Hamburg und Schleswig-Holstein. Im Hamburg sollen ab 2009 sämtliche Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Schulen fusionieren, an denen alle Abschlüsse – einschließlich des Abiturs – absolviert werden können. In Schleswig-Holstein können Schulen seit diesem Jahr entscheiden, ob sie als Gemeinschaftsschule von der ersten bis zur zehnten Klasse alle Kinder – also auch potenzielle Gymnasiasten – gemeinsam unterrichten wollen<sup>5</sup> oder ob sie als Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen fusionieren. Die Hauptschulen erhalten wollen bisher die unionsregierten Flächenstaaten Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, NRW – und Hessen. Hier sollen die Schulvielfalt erhalten und ausgebaut und die Profile der Schulabschlüsse geschärft werden.

Auch die FDP hält das vielfältige Angebot verschiedener Schulsysteme für ein „Markenzeichen des Landes Hessen“. Die unterschiedlichen Schul- und Organisationsformen ermöglichen die beste individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes nach Neigung und Begabung. Es bedarf der „passgenaue(n) Schule für jedes Kind“.

Die SPD dagegen strebt längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen in einem „Haus der Bildung“ an. Alle weiterführenden Schulen bis zur Klasse 10 sollen eine gemeinsame Mittelstufe anbieten können, für die schulformunabhängige Bildungsstandards gelten, das Sitzenbleiben (Ausnahme: Wunsch der Eltern) und die Querversetzung in eine andere Schule wird abgeschafft. „Alle Schulen der Sekundarstufe I bereiten auf alle Abschlüsse vor“. Diese Schulreform soll nicht von oben verordnet, sondern im Dialog mit Eltern, Lehrkräften und Schulen realisiert werden.

Auch Bündnis 90/Die Grünen setzen auf Freiwilligkeit und Dialog. Die Schulträger sollen unterstützt werden, die sechsjährige Grundschule einzuführen. Außerdem soll mittels einer Schulreform von unten bis zum Ende der Legislaturperiode die Hälfte aller weiterführenden Schulen die Möglichkeit wahrnehmen können, sich zu „Neuen Schulen“ zusammenzuschließen, in denen alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I an einer Schule vergeben werden. In diesen Schulen lernen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam – es sei denn, die Schulkonferenz entscheidet anders. Die Klassenhöchstgrenze wird auf 25 festgelegt. Auch in dieser Neuen Schule wird auf Sitzenbleiben und Querversetzung verzichtet

SPD und Grüne wollen zudem das System der Förderschulen „von Grund auf überdenken“ (SPD) bzw. den Gemeinsamen Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit

---

<sup>3</sup> Es besteht noch nicht einmal Einigkeit darüber, ob unser Schulsystem in der Sekundarstufe nun ein dreigliedriges (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) ist oder ein viergliedriges (einschließlich der Förderschule, die immerhin fast 5% aller Schülerinnen und Schüler besuchen) oder ein fünfgliedriges (mit der Gesamtschule als fünfter Säule).

<sup>4</sup> In Sachsen entstand die Mittelschule, in Thüringen die Regelschule, in Sachsen-Anhalt die Sekundarschule. In denen jeweils der Haupt- und Realschulabschluss unter einem Dach erworben werden kann. Brandenburg hat nach der Wende ganz auf die Einrichtung von Hauptschulen verzichtet

<sup>5</sup> Die erste Gemeinschaftsschule entstand auf Fehmarn. Anträge für 14 weitere Gemeinschaftsschulen für das Jahr 2008/2009 liegen vor (E&W 11/2007, S. 44)

und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf deutlich ausweiten (Bündnis 90/Die Grünen).

Nicht nur dem Namen, sondern auch dem Modell der Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein kommt übrigens die Partei Die LINKE am nächsten: sie tritt ein für eine Gemeinschaftsschule von Klasse 1-10. Wie diese umgesetzt werden soll, bleibt in dem Wahlprogramm allerdings offen.

An den Schulstrukturen wird also mehr oder weniger heftig gerüttelt. Längeres gemeinsames Lernen wird allerdings nicht alle Probleme unseres Bildungswesens lösen können. Auch innerhalb der Schulen muss sich etwas bewegen.

## 2. Innere Schulreform

Innere Schulreform beinhaltet vieles: Die Ausstattung der Schulen mit Personal, die Rechte und Pflichten der Lehrkräfte und Schulleitungen, Art und Umfang von Prüfungen, Übergänge von einer Bildungseinrichtung in die nächste, Bildungsstandards - und nicht zuletzt ein veränderter Unterricht.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde die Bildungspolitik von der CDU verantwortet. Sie umfasste eine Fülle an Initiativen und Verordnungen, die der inneren Schulreform zuzurechnen sind: Sprachkurse für Kinder im Vorfeld der Einschulung, ein Bildungs- und Erziehungsplan von 0-10, Integrationsklassen für seiteneinsteigende Migrantenkinder, Erziehungsvereinbarungen zwischen Schulen, Schülern, Lehrern und Eltern, Unterrichtsgarantie Plus, SchuB-Klassen in Hauptschulen, zentrale Abschlüsse für Haupt- und Realschulen, G8, zentrales Landesabitur - dieses sind nur einige Stichworte aus den letzten fünf Jahren. Einige dieser Maßnahmen sind heftig umstritten im Lande, beispielweise die Einführung von G8. CDU und FDP wollen an der Schulzeitverkürzung im Gymnasium festhalten, um die Wettbewerbsfähigkeit von Deutschlands Schulen zu erhöhen. Die SPD will G8 beenden. Stattdessen soll die Oberstufe im Gymnasium in 2 oder 3 Jahren durchlaufen werden können. Bündnis 90/Die Grünen planen sogar eine Unterschriftenkampagne zur Landtagswahl gegen G8 in der jetzigen Form (FR vom 7.11.07). Auch U+ und zentrale Abschlussprüfungen werden kontrovers beurteilt.

Es gibt aber auch Initiativen der jetzigen Regierung, die auf erstaunlich breiten parteipolitischen Konsens stoßen:

- **Übereinstimmungen zwischen den Parteien gibt es – zumindest im Grundsatz - über die gewachsene Bedeutung der vorschulischen Erziehung für den Bildungsprozess.** Alle Parteien wollen die landesweite Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans von 0 bis 10 vorantreiben, die Bildungsorte pädagogisch und organisatorisch enger verzahnen und Angebote des flexiblen Schulanfangs ausbauen. Die FDP strebt ein verpflichtendes Vorschuljahr, die SPD ein verbindliches letztes Kindergartenjahr für alle Kinder ab 5 Jahren an.
- **Auch die Ganztagschule trifft auf parteipolitischen Konsens, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen.** Die CDU will Ganztagsunterricht vor allem in der Hauptschule ausbauen, die FDP im Gymnasium, die Grünen vorab in der Grundschule. Die SPD will jedem Kind wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule anbieten.
- **Konsens unter den im Landtag vertretenen Parteien gibt es auch darüber, dass Schulen selbständiger werden sollen.** Eine eigenverantwortliche Budgetverwaltung

gehört hierzu ebenso wie das Recht auf Personaleinstellung durch die Schulen und Freiräume bei der Gestaltung des Unterrichts.

- Vorschulklassen, Ganztagsangebote, größere Selbständigkeit für Schulen - dieses alles sind mehr oder weniger administrative Maßnahmen. Im Mittelpunkt von Schule aber steht der Unterricht. Und hier hat PISA erstaunliches bewirkt: **Individuelle Förderung ist gleichsam zur Zauberformel geworden, um jede Schülerin, jeden Schüler angemessen zu unterrichten.** Die CDU-Landesregierung schreibt per Verordnungen<sup>6</sup> einen Anspruch auf individuelle Förderung für Schüler mit Lernschwierigkeiten fest. Für die FDP rückt selbständiges, an Projekten ausgerichtetes Arbeiten und „die individuelle Förderung und persönliche Entwicklung jedes einzelnen Schülers .. in den Vordergrund“<sup>7</sup>. Die SPD will die bisherigen Fachlehrpläne durch Kerncurricula ersetzen, die den Schulen größere inhaltliche und methodische Freiräume gewähren. „Der Unterricht wird auf die Bedürfnisse der einzelnen Schüler zugeschnitten“. Sozialdemokratisches Credo zusammengefasst: „Unterschiedlichkeiten voraussetzen – Lernen individualisieren“. Bei den Grünen heißt es: „Individuelle Förderung nutzt sowohl den Starken als auch den Schwachen“, sie tritt an die Stelle von Querversetzung und Sitzenbleiben. Ist individuelle Förderung also der deutsche Weg aus der Bildungsmisere?

**Fazit:** Lassen Sie mich zusammenfassen und zugleich aus der Rolle der Berichterstatterin heraustreten: In Folge der internationalen Schulleistungsstudien ist auch in Hessen eine neue Debatte über Schulstrukturen eröffnet worden. Keine der Parteien plant eine neue Schulstruktur von oben zu verordnen. CDU und FDP wollen an der bisherigen Gliederung unseres Schulsystems festhalten – gemäß der CDU-Losung „Jedem seine Chance – jedem seine Schule“. Sie nehmen damit die in Deutschland besonders enge Bindung von sozialer Lage, Schulform und Schulerfolg weiterhin in Kauf. SPD und Grüne planen eine Sekundarstufenschule bis Klasse 10 für alle Jugendlichen als Angebotsschule von unten her aufzubauen. Angesichts der hohen Nachfrage nach Plätzen in den bisherigen Integrierten Gesamtschulen ist damit zu rechnen, dass sich genügend Schulen bereit finden werden, zu neuen Schulen zu fusionieren, zumal ihnen eine bessere Ausstattung in Aussicht gestellt wird.

Keine der Parteien stellt das Gymnasium infrage. Perspektivisch wird dies ein zweigliedriges Schulsystem zur Folge haben: das Gymnasium für die Kinder des Bildungsbürgertums, die neue Schule für die große Zahl der weniger privilegierten Kinder. Meine Frage an SPD und Grüne: **Vertiefen Sie damit nicht die Spaltung der Gesellschaft, die in der Zunahme von Armut - gerade auch unter Kindern – und dem Anwachsen von Wohlstand im oberen Drittel der Gesellschaft zum Ausdruck kommt?** Solange wir Schulen erster und zweiter Klasse haben, solange wird das Thema soziale Auslese auf der Tagesordnung bleiben. **Außerdem frage ich mich, warum die „Neue Schule“ nicht mit dem ersten Schuljahr beginnt.** Es ist hinlänglich bekannt, dass der Übergang in eine weiterführende Schule nach dem 4. Schuljahr für viele Schülerinnen und Schüler einen Bruch in ihrer Bildungsbiografie darstellt. Die Grundschulen haben langjährige Erfahrungen im Unterrichten heterogener Gruppen, sind dort doch fast alle Kinder der entsprechenden Altersstufen versammelt. An diesen Erfahrungen könnte angeknüpft werden.

---

<sup>6</sup> Z.B.: Hessisches Kultusministerium (2006): Verordnung über die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen (VOLRR) vom 18.Mai 2006

<sup>7</sup> Frage an die FDP: Wie lässt sich individuelle Förderung vereinbaren mit einer „eigenen Didaktik für Hauptschüler“?

Eine neue Schulform zu etablieren – dies wird an dem Zustand unserer Bildung nicht viel ändern, solange innerhalb der Schulen alles beim Alten bleibt. Auch die Ganztagschule bleibt solange Kosmetik, wie sie sich darauf beschränkt, Schülerinnen und Schüler am Nachmittag zu „betreuen“. Mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen ist sicherlich ein wichtiger Schritt dahin, Schulen dazu zu ermutigen, eigene Profile zu entwickeln und guten Unterricht in den Mittelpunkt des pädagogischen Handelns zu rücken. Die Gängelung durch staatliche Vorgaben hat manche Initiativen vor Ort erstickt. Staatliche Rahmenvorgaben sollten sich deshalb auf ein Minimum beschränken. Selbst wenn dies gelänge, bleibt immer noch die Frage, wie es um die Schulkultur im Lande steht.

In unseren Schulen herrscht ein eher pessimistisches Klima vor, welches die Sicht auf die Fähigkeiten von Schülerinnen und Schüler versperrt. Zurückstellung bei der Einschulung, Nichtversetzung, Zuweisung zu unterschiedlichen Bildungsgängen nach dem 4. Schuljahr, Überweisung in niedrigere Schulformen, Ausschulungen – dieses alles gehört zu den hoheitlichen Aufgaben der Lehrkräfte, die ihr pädagogisches Handeln prägen. Solange Lehrerinnen und Lehrer gezwungen sind, Kinder auf allen Stufen des Bildungssystems zu sortieren, so lange wird bei ihnen ein Aussonderungsblick vorherrschen vor dem Willen, kein Kind zurückzulassen. Initiativen zur Abschaffung des Sitzenbleibens und der Querversetzungen (SPD, Die Grünen) sind deshalb nicht nur für die betroffenen Schülerinnen und Schüler von Vorteil, sondern auch für eine Schulkultur, die Verantwortung für alle Kinder übernimmt. An pädagogischen Konzepten zur individuellen Förderung und für binnendifferenzierten Unterricht mangelt es nicht. Sie wurden übrigens auch und gerade im Gemeinsamen Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder erfolgreich erprobt. Dennoch tun sich die Schulen schwer mit allen Formen der Binnendifferenzierung. Dieses vor allem deshalb, weil die Rahmenbedingungen unzureichend sind. Meine Frage an alle Parteien: **Wie soll individuelle Förderung gelingen, wenn bis zu 33 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse versammelt sind? Wie können Projekte durchgeführt werden, wenn die Klassen in so kleinen Räumen sitzen, dass noch nicht einmal Gruppenarbeit möglich ist? Wie soll mit dem vorhandenen Personal auf Schulschwierigkeiten einzelner Kinder reagiert werden, bevor diese in eine Versagensspirale geraten (schlechte Noten, Sitzenbleiben usw.), die ihnen allen Mut zum Lernen nimmt?**

Im Nachgang zu PISA ist viel darüber diskutiert worden, warum die Schülerinnen und Schüler in den skandinavischen Länder und in Kanada so viel besser abgeschnitten haben als bei uns. Ich will diese Diskussion hier nicht nachzeichnen, weil jedes Land seine eigene Bildungsgeschichte hat. Eines hat mich allerdings in Finnland besonders überzeugt und kann durchaus zur Nachahmung in deutschen Schulen empfohlen werden. Neben dem Klassenunterricht gibt es eine Vielzahl von Fördergruppen, in denen Kinder und Jugendliche stundenweise, tageweise oder auch über längere Zeit in kleinen Gruppen gefördert werden. Im finnischen Rahmenplan für den Unterricht heißt es hierzu: „Mit dem Förderunterricht ist *sofort* beim Aufkommen von Lernschwierigkeiten zu beginnen, damit der betroffene Schüler beim Lernstoff nicht ständig im Hintertreffen bleibt“<sup>8</sup>. An diesem Förderunterricht nahmen 2003 27% (!) aller Schülerinnen und Schüler teil, die meisten von ihnen im 1. bis 3. Schuljahr<sup>9</sup>. **Individuelle Förderung als Prävention für Schulversagen – wäre dies nicht eine Perspektive, auf die sich alle Parteien verständigen könnten?**

---

<sup>8</sup> Zentralamt für Unterrichtswesen (2004): Rahmenlehrpläne und Standards für den grundbildenden Unterricht an finnischen Schulen (Perusopetus). Helsinki

<sup>9</sup> vgl. Matti Kuorelahti (2006): Developing Inclusive School – Experiences from the Field. In: Elisabeth von Stechow, Christiane Hofmann (Hrsg.): Sonderpädagogik und PISA. Bad Heilbrunn, S. 143-154

Hierzu bedarf es allerdings einer besseren personellen Ausstattung der Schulen. Deshalb möchte ich schließen mit der sehr prägnanten Aussage im Wahlprogramm der Grünen: „Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliches Geld wird es nicht gehen“<sup>10</sup>.

---

<sup>10</sup>In allen Wahlprogrammen wird versprochen, mehr in die Bildung zu investieren. Am konkretesten äußern sich die Grünen. Sie wollen 1000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen und jeder Schule 50 EURO pro Schüler und Schülerin zur freien Verfügung überlassen. Die SPD stellt zusätzliche Mittel für Schulen in „Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen“ (hoher Anteil von Migrantenfamilien, hohe Sozialhilfedichte, hohe Arbeitslosenquote etc.) in Aussicht. Die FDP strebt eine schulbezogene Zuweisung von 105% Lehrerstellen zur verlässlichen Abdeckung des Regelunterrichts an. Die CDU will die Mittel für die personelle Ausstattung der Schulen auch bei zurückgehenden Schülerzahlen auf dem jetzigen Niveau halten und „zusätzliche Mittel“ für pädagogisches Personal zur Verfügung stellen.